

Werner Lackner

## **Bericht: Politisches Gespräch beim Europäischen Forum Alpbach**

Die „Politischen Gespräche“ im Rahmen des Europäischen Forum in Alpbach (EFA) 2005 begannen am **Sonntag, 28. August 2005** unter dem Motto:

---

### **EUROPA – MACHT UND OHNMACHT**

---

Um 16.00 konnte Präsident **Erhard BUSEK** gleich eine Vielzahl prominenter Teilnehmer im sehr gut gefüllten *CongressCentrum Alpbach* namentlich begrüßen, darunter die erste Rednerin, EU-Kommissarin Benita FERRERO-WALDNER, den Regierungschef Liechtensteins, Otmar HASLER, die stv. Premierministerin Montenegros, Radmila SEKERINSKA, die Außenminister Rumäniens, Mihai-Razvan URUGEANU, und Serbien-Montenegros, Vuk DRAŠKOVIĆ, Staatssekretär Hans WINKLER, General Roland ERTL.

BUSEK zitierte Ingeborg BACHMANN: „Die Geschichte lehrt uns vieles – aber sie findet keine Schüler“, und er widersprach ihr sogleich. Gerade die EU sei ein Beispiel der Lernfähigkeit, ist sie doch ein – insgesamt seit über 50 Jahren erfolgreiches – Friedensprojekt. Der von ihr initiierte *Stabilitätspakt für den BALKAN* sei ein weit über die ersten Erwartungen hinaus gelungenes Instrument der Krisenprävention geworden.

Der so oft angerufene *Paradigmenwechsel* in der Sicherheitspolitik zeige sich hier in seiner lebendigen Wirksamkeit.

---

### **ERÖFFNUNGSVORTRÄGE**

---

**Benita FERRERO-WALDNER** und sprach von einem Europa, das sich auf Sinnsuche befindet. „Es geht mir persönlich vor allem um eine Rückbesinnung auf das Fundament Europas. Wir müssen wieder gemeinsam für Werte wie Demokratie, Menschenrechte, aber auch marktwirtschaftliche Reformen eintreten.“ Trotzdem müssten die Sozialstandards und die Lebensqualität in Europa erhalten bleiben, auch wenn es noch kein einheitliches europäisches Sozialmodell gibt.

Die EU hat eine neue Agrarpolitik beschlossen, sich aber gleichzeitig andere Prioritäten gesetzt, etwa in der Bildungs- oder Außenpolitik. Man muss daher über eine neue direkte Einnahmequelle nachdenken.

Die letzte EU-Erweiterung ist noch nicht verdaut. Der generelle Trend geht derzeit in Richtung EU-Vollmitgliedschaft, aber man muss auch die europäische Nachbarschaftspolitik als wichtige strategische Alternative ansehen. Ein Voll-Beitritt der Türkei ist nicht garantiert.

---

### **APA-MELDUNG ZUM TÜRKEI-BEITRITT**

---

Die APA berichtete über die Reaktionen auf diese Aussagen unter dem Titel:

#### **„Türkei oder nicht Türkei – das ist hier die Frage“**

Zahlreiche Reaktionen rief der Auftritt FERRERO-WALDNERs beim EFA hervor – nicht nur in Österreich verschärfen sich vor Aufnahme der Verhandlungen die Pro- und Contra-Positionen.

Die Äußerungen von Außenkommissarin Benita FERRERO-WALDNER über die Aufnahme von Türkei-Verhandlungen am 3. Oktober dieses Jahres riefen, auch am Rande des Europäischen Forums Alpbach, zahlreiche Reaktionen hervor. Der ehemalige Kommissar Franz FISCHLER bekräftigte im Interview mit ‚Format‘ seine Ansicht, wonach die Türkei keine Chance auf Vollmitgliedschaft in der Union habe. FISCHLER: „Die Türkei wird nie beitreten. Denn selbst wenn die Verhandlungen abgeschlossen werden sollten, werden einige Referenden schief gehen.“ FISCHLER hält es für ‚zynisch, jetzt auf ein Ziel hin zu verhandeln, von dem man

weiß, dass man es nicht erreicht – noch dazu bei den Auflagen, die man den Türken vorschreibt.’

Ganz anderer Ansicht ist die außenpolitische Sprecherin der Grünen, Ulrike LUNACEK. Sie unterstützt EU-Erweiterungskommissar Olli REHN: ‚Die Türkei hat die im Dezember 2004 vereinbarten Bedingungen für den Beginn der Beitrittsverhandlungen erfüllt, jetzt gilt es auch, die Gespräche aufzunehmen.’ LUNACEK forderte Außenministerin Ursula PLASSNIK auf, ‚sich beim EU-Außenministertreffen dafür einzusetzen, dass die Verhandlungen mit der Türkei wie vorgesehen starten können.’ Gleichzeitig verwies LUNACEK aber auch darauf, dass die Türkei noch einen langen Weg vor sich habe und die EU-Beitrittsbestrebungen nur mit einer vollen Anerkennung Zyperns – abgesehen von notwendigen Fortschritten etwa in der Frauen- und Minderheitenpolitik – eine Chance auf Erfolg haben können. Das langfristige Ziel, so LUNACEK, sei der Beitritt der Türkei – ob dieser erreicht werde, hänge vor allem von der Türkei ab.

Vizekanzler Hubert GORBACH (BZÖ) sagte dagegen, die Türkei habe ‚großen Aufholbedarf’ – die Entscheidung über den Beitritt dieses Landes sei auch ein ‚europäischer Scheideweg’. BZÖ-Chef Jörg HAIDER forderte gleich einen ‚Erweiterungsstopp’.

Als Bremser in der Türkei-Frage erwies sich einmal mehr die CDU/CSU-Spitze im Wahlkampf-Endspurt. CDU-Chefin und Kanzlerkandidatin Angela MERKEL will sich bei den Europäischen Konservativen dafür stark machen, dass die Frage der Anerkennung Zyperns eine Beitrittsbedingung für die Türkei sein soll. Und der bayrische Ministerpräsident und CSU-Chef Edmund STOIBER ‚garantierte’ seinen Anhängern in der Dortmunder Westfalenhalle, dass ‚nur ein Regierungswechsel in Deutschland den Beitritt der Türkei verhindern kann’“.

Der junge Außenminister Rumäniens, **Mihai-Razvan UNGUREANU**, sprach den westlichen Zuhörern Mut zu. Die Befürchtung ‚*Eastern workers come to steal the workplace of EU-citizens*‘ stimme so einfach nicht. Der sprichwörtliche ‚polnische Installateur‘, der als Schreckgespenst zum negativen Ausgang des französischen EU-Verfassungsreferendums Entscheidendes beigetragen hatte, ist nie dorthin gekommen. Die EU habe Mittel-Ost-Europa durch ‚*soft power*‘ demokratisiert und zur Marktwirtschaft gebracht, was anders wohl kaum möglich gewesen wäre. Aber ganz entscheidend seien klare Bedingungen für einen Beitritt.

Bezüglich der Türkei-Verhandlungen gab er zu bedenken, dass dies eine Investition in die Zukunft sei – und man müsse daher genau analysieren, was nach den Verhandlungen passieren könnte.

Abschließend bedankte er sich ganz besonders bei den Österreichern für die Hilfe nach der Hochwasserkatastrophe: ‚Austria was fantastically involved in the help’.

\*\*\*

---

### KANN UND WILL DIE EU EIN GLOBAL PLAYER SEIN?

---

Um 17.00 begann unter BUSEK’s Leitung eine hochkarätig besetzte Panel-Diskussion zu diesem Thema mit der mazedonischen Vize-Premierministerin **Radmila SKETERENSKA**, dem Mitglied der russischen Akademie der Wissenschaften Anatolij ADAMISHIN und dem Direktor des Münchner Think-Tanks CAP, Werner WEIDENFELD.

Frau SEKERINSKA thematisierte zuerst die Frage, ob die EU wirklich ein *global player* sein wolle und gab den Rat: ‚*in a crisis go back to basics*‘. Auch sie lobte die EU als der Welt entschiedenster Verfechter der Menschenrechte. Sie betonte, wie wichtig exakt formulierte

Beitrittsbedingungen sind. Wenn diese erst einmal feststehen, können die nationalen Politiker Modernisierungen auch durchsetzen, was ohne jenen „Zwang“ weit schwerer wäre und länger dauerte. (Das ist ja auch den meisten Österreichern durchaus noch erinnerlich!) Mazedonien ist schon relativ weit vorangekommen auf dem Weg, Kandidatenstatus zu erhalten. Der Beitritt erscheint unangefochten als Ziel, wenn auch klar ist, dass der Weg noch einige Jahre in Anspruch nehmen wird.

---

#### MAZEDONIEN BEISPIELGEBEND FÜR WESTBALKAN

---

Noch vor 3 Jahren erschien das „Ochrid-Abkommen“ (Kompromiss zwischen ethnischen Mazedoniern und Albanern innerhalb Mazedonien) als unerreichbar – nun sei es bereits implementiert. SEKERINSKA schloss mit der Hoffnung gebenden Bemerkung, Mazedonien sei mittlerweile für den Rest des Balkans beispielgebend.

Der russische Europa-Experte **Anatolij ADAMISHIN** wies darauf hin, dass Russland ursprünglich sehr gegen die NATO-Erweiterung, aber für die EU-Erweiterung um z.B. das Baltikum war, weil es von letzterer eine Garantie der Einhaltung der Menschenrechte auch für die russischen Minderheiten dort erwartet habe. Russland habe gehofft, die EU-Mitgliedschaft der baltischen Länder werde dazu führen, dass die EU Druck auf diese Staaten machen würde, die Rechte der russischen Minderheit zu schützen. Stattdessen fühlen sich jene heute anscheinend in ihren anti-russischen Provokationen bestärkt. Die EU verliere leider an Attraktivität für Russland, da es sich da getäuscht und derzeit von der NATO besser behandelt fühle als von der EU.

---

#### RUSSLAND MIT DEM WESTEN GEGEN DEN OSTEN?

---

Russland habe die Wahl zwischen drei Alternativen: Es kann sich nach Westen in Richtung Europa orientieren, nach Osten und eine Partnerschaft mit China eingehen, oder aber es geht seinen eigenen Weg zwischen diesen beiden Blöcken. Unglücklicherweise verfolgt Russland derzeit den dritten Weg, was er persönlich für die falsche Entscheidung hält. Aber leider hat die EU Russland praktisch vergessen und ist in erster Linie mit ihren eigenen Problemen beschäftigt. Solange Öl und Rohstoffe nach Europa fließen, ist für die EU alles O.K. Dadurch werden jedoch die autoritären Tendenzen in Russland noch weiter verstärkt. Seiner Meinung nach drängt die EU Russland in Richtung China, die Zukunft Russlands liege jedoch im Westen.

Die einzige Möglichkeit, Russland nicht ganz zu verlieren, ist das Konzept einer strategischen Partnerschaft. Die EU könnte davon nur gewinnen. Der ganze Westen – die USA, Europa, Japan und Russland – sollte sich vereinigen, auch wenn das aus heutiger Sicht ein Wunschtraum ist.

Nach **Werner WEIDENFELD**, Leiter des Centrums für Angewandte Politikforschung (CAP) an der Universität München, hätten wir alle in den letzten 15 Jahren „Geschichte im Zeitraffer“ erlebt; die Gründungsidee der Europäischen Gemeinschaften wäre die „Vereinigung der Demokratien Europas“ gewesen; die EU leide an einer Identitätsschwäche, da ihre Bürger die gemeinsame Geschichte noch keineswegs so intensiv erlebt haben, wie die der jeweiligen Nationalstaaten (= „Resonanzboden abgelagerter Selbstverständlichkeiten“); die europäischen Akteure werden national-innenpolitisch legitimiert, dort aber erodiert die machtpolitische Konstellation.

---

#### EUROPA – DER ABHÄNGIGSTE KONTINENT?

---

WEIDENFELD betonte die Stärke des ökonomischen Einflusses der EU in der Welt: immerhin hat die Gemeinschaft einen Anteil von 35 % der gesamten Weltproduktion, die USA hat

im Vergleich nur 28 %. Dennoch hat Europa „nur minimalen weltpolitischen Einfluss“, so der als europäischer Vordenker bekannte deutsche Wissenschaftler. Dies läge unter anderem an der nicht vorhandenen gemeinsamen Linie in der Außenpolitik, an einer aktuellen Rückbesinnung auf nationale Interessen und am Mangel an einer „institutionellen Ausstattung“ im außenpolitischen Tätigkeitsbereich der Europäischen Union.

„Europa hat noch nicht einmal für sich selbst entschieden, ein *global player* zu sein“, kritisierte WEIDENFELD. Die EU sei derzeit nicht bereit, weltpolitische Mitverantwortung zu tragen. Der Wissenschaftler zeigte sich allerdings überzeugt, dass die Europäische Union bald dazu gezwungen sein werde, ihr Potenzial an internationaler Einflussnahme zu aktivieren. Andernfalls würde bald die „Verletzlichkeit“ Europas offensichtlich. Die EU sei nämlich gerade in der Sicherheit und in Energiefragen derzeit in hohem Maße von anderen Weltmächten abhängig.

---

### DEFIZIT AN STRATEGISCHEM DENKEN

---

Wir haben über lange Zeit nicht die Grundsatzfragen des Selbstverständnisses von Europa, der politischen Kultur systematisch diskutiert. Die Quittung bekommen wir nun. Und wir haben ein *strategisches Defizit in unserem Denken*. Die Strategiedebatte ist über Jahrzehnte vernachlässigt worden. Deshalb haben wir kein präzises europapolitisch-strategisches Profil und seien auch am besten Wege, die nächste weltpolitische Auseinandersetzung zu verschlafen, nämlich das Ringen um die Deutungsmuster zur Welterklärung.

Die EU-Rats-Entscheidung von Helsinki 1999, der Türkei Kandidatenstatus zu gewähren, war völlig intransparent. Eine Grundsatzfrage der Europapolitik wurde entschieden – und anschließend mit geringem Aufwand den Bürgern mitgeteilt. Die negativen EU-Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden haben gezeigt, dass dieser politische Stil nicht mehr funktioniert. Bevor große Entscheidungen gefällt werden, muss eine Verständigung mit der Gesellschaft stattfinden. Die Reihenfolge des Vorgehens muss also umgedreht werden.

\*\*\*

---

### VUK DRAŠKOVIĆ: GESCHICHTE, MYTHOLOGIE, POLITIK

---

Erhard BUSEK hatte zwar nicht zur Märchenstunde geladen, doch entweder das Thema, das er dem serbisch-montenegrinischen Außenminister **Vuk DRAŠKOVIĆ** gestellt hatte, weil dieser bei den „politischen Verhandlungen in Brüssel alle mit seinen Bezügen zur Mythologie überrasche“, oder aber die schillernde Persönlichkeit des Vortragenden selbst sorgten für einen vollen Saal.

DRAŠKOVIĆ beginnt mit einer Erinnerung an seine frühe Kindheit und seine eigene Rezeption des serbischen Nationalepos „Die Schlacht am Amselfeld (= Kosovo)“ – das GOETHE angeblich mit HOMERS Ilias verglichen haben soll. Er stieß sich damals nicht daran, dass der ritterliche Held Miloš OBILIĆ darin eigenhändig 12 000 Türken erschlägt bevor er selbst gefangen und hingerichtet wird, sondern daran, dass es nicht *mehr* waren. Heute erkennt er dieses Epos über jene historische Schlacht vom 28. Juni 1389, bei der beide Herrscher, Sultan MURAD und König LAZAR fallen, als Mythos. Damals aber war es für ihn die reine Wahrheit.

Die Erzählungen von jener Schlacht zwischen einem christlichen und einem moslemischen Reich vermischten sich im Laufe der Zeit mit religiösen Motiven. Die Serben vergleichen die Umstände ihres „Unterganges“ mit dem Verrat des Judas an Christus und sie glauben ebenso an die Wiederauferstehung in ihrer nationalen Größe.

Als die Serben 1912 nach dem Ersten Balkankrieg ihr „*nationales Jerusalem*“, das Kosovo, wieder eroberten, stellten sie fest, dass nunmehr 80% moslemische Albaner und nur

mehr 15% christliche Serben dort wohnten. Im Zweiten Weltkrieg (WK II) gehörte das Kosovo zum italienisch besetzten Albanien, danach wieder zu Serbien.

---

**„EUROPÄISIERUNG DES BALKANS STATT BALKANISIERUNG EUROPAS“**

---

DRAŠKOVIĆ unterstellt den Kosovaren, für sie beginne die Geschichte erst mit der Unterdrückung durch MILOŠEVIĆ, die sie in den Augen der Welt zu den Opfern gemacht habe. Er gibt zu bedenken, dass seit 1999 über 200 000 Serben und ca. 20 000 Türken und Roma aus dem Kosovo flohen. Als Lösung für das Kosovo könne nur ein Status in Frage kommen, der für zumindest die nächsten 10 Jahre *mehr als Autonomie, aber weniger als Unabhängigkeit* bedeute: eine eigene Regierung, eigenen Premierminister, eigene Vertretung im nationalen (= serbischen) Parlament, Sitz in internationalen Organisationen, eigene Grenzmarkierungen. Nur zwei Einschränkungen gäbe es dabei: 1. Die Rechte (auch) der Serben im Kosovo auf Sicherheit des Lebens, der Rückkehr Geflüchteter, auf Wiedererrichtung historischer Gebäude und Schutz der Kirchen sollte international garantiert werden, 2. Die Grenzen Serbiens und Montenegros mit Albanien dürften nicht geändert werden; wohl aber sollten sie „unsichtbar und offen“ sein.

Positiv nannte er die Beispiele der Minderheitenrechte in Südtirol und der Krajina. Er verspreche sich vom schrittweisen Beitritt des gesamten Westbalkan eine gangbare Lösung für alle. „Die EU ist eine erfolgreiche Koalition von Minderheiten auf diesem Kontinent“, denn in Europa sind alle, auch die großen Nationen, Minderheiten.

Er legte Wert auf zwei Feststellungen: 1.) nicht die (Kosovo-)Albaner hätten die Serben besiegt, sondern (*der Verbrecher*) MILOŠEVIĆ, und 2.) sei es nicht zuvorderst Serbiens *internationale* Verpflichtung, die Kriegsverbrecher an Den Haag auszuliefern, sondern zu aller erst ihre eigene *nationale Pflicht*.

Die daran anschließende sehr lebhaftete Debatte wurde insbesondere von Studenten aus verschiedenen Ländern des Balkans getragen.

\*\*\*

Am Montag, 29.8. leitete **Heinrich NEISSER** ein Panel mit dem Titel

---

**WER HAT MACHT IN DER EU:  
RAT, KOMMISSION, PARLAMENT, GERICHTSHOF, MITGLIEDSSTAAT?**

---

mit der Feststellung ein, die EU habe keine traditionelle Gewaltenteilung nach Montesquieu (Legislative, Exekutive, Judikative), die EU-Institutionen seien hingegen danach zu unterscheiden, ob sie die Interessen der einzelnen Mitgliedsstaaten (Rat), oder die der Gesamtheit (Kommission) repräsentierten.

In Vertretung der Außenministerin sprach als erster Staatssekretär **Hans WINKLER** und bekräftigte NEISSERS Sicht, indem er ausführte, die einzelnen EU-Organe (Kommission, Rat, Parlament, Europäischer Gerichtshof EuGH) hätten jeweils spezifische Interessen zu vertreten. Eine vorsichtige Kritik äußerte er am letzten Spruch des EuGH (Universitätszugang für EU-Bürger), denn bisher wäre die Bildungspolitik eindeutig in die Zuständigkeit der Nationalstaaten gefallen. Die Frage, wer Macht in der EU habe, beantwortete er unter Hinweis auf die Verfassungsreferenden mit „die Bürger“.

Eine stärkere Rolle der EU in globalen außenpolitischen Fragen findet eine Zustimmung von über 80 %. Dennoch müsse der *Nutzen Europas* besser an die Bürger vermittelt werden.

Dem Europäischen Parlament billigte er zu, eine beeindruckende Aufholjagd hingelegt zu haben und mehr und mehr das „Verbindungsstück“ zwischen Bürgern und Brüssels Schalthebeln zu werden.

---

## KAMPAGNE: „EUROPA HÖRT ZU“

---

Die Umfrageergebnisse, die zeigten, dass die Bürger im Alter über 50 mehrheitlich *für*, die unter 25 Jahren *gegen* die Verfassung gestimmt hätten, interpretierte WINKLER so, dass den Jüngeren der Frieden in Europa bereits (zu) selbstverständlich sei.

WINKLER kündigte während der österreichischen EU-Präsidentschaft eine Kampagne „Europa hört zu“ an, bei der u. a. sich jedermann auf einer Internetplattform zu allen Themen äußern können sollte.

**Hannes SWOBODA**, MdEP (Mitglied des Europäischen Parlaments), ließ in der Debatte mit ungewohntem Lob an der Regierung aufhorchen: „Ich bin sehr froh, dass es einen solchen Staatssekretär gibt, hoffentlich über die EU-Präsidentschaft hinaus. Ich hoffe, dass die Parteien klüger werden“. Es brauche „endlich jemanden, der alle auf europäischer Ebene Tätigen vernetzt, damit man gemeinsam vorgeht, wo es um Interessen Österreichs geht“. Die Intransparenz der Brüsseler Entscheidungen hinter verschlossenen Türen ist dem stv. Fraktionsvorsitzenden der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament (EP) verständlicherweise ein schwärender Dorn im Fleische. Er gestand zu, dass die EU derzeit das Optimum an Effizienz bereits überschritten habe, äußerte sich aber dennoch zuversichtlich, dass eine Institutionenreform bessere Effizienz wieder herstellen könne.

**Christine STIX-HACKL**, Generalanwältin des EuGH, hielt fest, dass in ihrer richterlichen Tätigkeit das Recht die einzige Macht sei, die sie beeinflussen könne. Wenn der EuGH entscheide, würde er keine Macht ausüben, sondern schlichtweg seinen Aufgaben nachkommen, so STIX-HACKL. Und so lange die Richter die Erwartungen der Masse erfüllten, würde darüber auch kein Wort fallen. Wenn jedoch eine „sprengstoffgeladene“ Frage nicht mit der breiten Zustimmung der Bevölkerung beantwortet werden könne, gebe es sofort Diskussionen über die Fremdbestimmtheit des Gerichts.

Der Gerichtshof mache keine (selbstständige) Politik und suche sich seine Fälle nicht aus, vielmehr entscheide er nur auf Antrag der Kommission, der Mitgliedsstaaten oder der Bürger.

Der tschechische Europaabgeordnete **Jan ZAHRADIL** meinte, es gebe es innerhalb der EU immer noch verschiedene Ausgangslagen. Diesem Faktum müsse man EU-intern mit Lösungen Rechnung tragen, bei denen jeder Mitgliedsstaat seine Geschwindigkeit im Integrationsprozess selbst bestimmen könne. Dies gelte insbesondere bei Steuerfragen u. Ä., um den Neuen das (ökonomische) Aufschließen zu den alten Mitgliedern rasch zu ermöglichen.

\*\*\*

---

## HAT EUROPA EINE GEMEINSAME IDENTITÄT? ECKPFEILER EINES EUROPÄISCHEN BEWUSSTSEINS

---

Ab 11.40 Uhr stand ein weiterer Aspekt Europas unter der Leitung von Botschafter **Emil BRIX** zur Debatte, der Jacques DELOR's Bonmot „*Europa braucht eine Seele*“ als Motto voranstellte.

Für die Präsidentin des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, **Anne-Marie SIGMUND**, ist die Europäische Identität ein Schlüsselthema, dem sie sich mit einem Definitionsversuch nähert: Was ist Europa, was ist Identität? Letztere umschreibt sie als

*Gleichsein im Wandel.* Es gäbe unterschiedliche Ebenen der Identität, nämlich politische, kulturelle, ökonomische etc. Die Kultur diene vor allem als ein Orientierungssystem.

Über 50 % der Jugendlichen zeigten sich interessierter an europäischer Politik denn an nationaler. Daher lade sie zu einer großen Diskussion „Welches Europa wollen wir?“ im November nach Brüssel ein.

Der Philosophieprofessor **Furio CERUTTI** aus Florenz verwies in seinem Statement hingegen darauf, dass es keine einheitliche Kultur in Europa gäbe, sondern nur zahlreiche regionale Identitäten, die sich austauschen. Dies sichere auch dem Islam eine berechnigte Stellung in Europa, wenn er die hier geltenden demokratischen Prinzipien respektiere. Aber sich – z. B. mithilfe einer Präambel der EU-Verfassung – eine gemeinsame Identität überstülpen zu wollen, werde nicht goutiert.

**Jan MOJTO**, Geschäftsführer der EOS Entertainment GmbH, setzt seine Hoffnung auf die neuen Mitgliedsstaaten und die Jugend, die ganz selbstverständlich europäische Identität auslebe.

Der slowenische Schriftsteller **Drago JANCAR** zeigte am Beispiel einer Anfang des 20. Jahrhunderts von Triest über Dublin und Bukarest in Europa expandierenden Kinokette – an der sich auch James JOYCE beteiligt hatte – wie sehr der Kontinent vor dem Ersten Weltkrieg (WK I) bereits ein verbundener Kultur- und Wirtschaftsraum gewesen sei. Dies heute wieder herzustellen sei Aufgabe der erhofften Europäischen Identität.

\*\*\*

---

### EUROPA – EIN MILITÄRISCHER MACHTFAKTOR?

---

Als Vorsitzender des nächsten Panels stellte Sektionschef **Erich REITER** fest, die EU könne so manches Wünschenswerte nicht durchsetzen, weil ihr einerseits der militärische Muskel fehle, andererseits aber auch der Wille, dies zu ändern.

**General Roland ERTL** sprach in Vertretung Bundesministers Günther PLATTER von der EU als einem Modell postmoderner Staatlichkeit. Sie sei eine treibende Kraft in der internationalen Politik, wobei gerade eine wachsende Rolle in der Sicherheitspolitik auf große Zustimmung (über 80 %) ihrer Bürger stoße.

Die EU habe bereits mehrfach ihren Willen zum Einsatz sowohl ziviler, als auch militärischer Mittel bewiesen, widersprach General ERTL teilweise dem Diskussionsleiter. *Concordia* und *Proxima* in Mazedonien, *Artemis* im Kongo seien erfolgreiche Beispiele.

Gerade die österreichischen Soldaten zeichne in internationalen Einsätzen ihre „Kulturkompetenz“ aus. Für sie werde internationales Konfliktmanagement von einer „Zusatzaufgabe“ durch die Reform zur zentralen Aufgabe. Dabei komme es immer stärker auf eine reibungslose zivil-militärische Zusammenarbeit an.

---

### FRECHHEIT VERFASSUNGSREFERENDUM?

---

Der ehemalige ungarische Staatssekretär **István GYARMATI**, nun Senior Political Adviser am Genfer Zentrum für demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF), konstatierte ein Verblässen des Gegensatzes zwischen dem *Alten* und *Neuen* Europa. Es sprächen ohnehin weitestgehend dieselben Staaten in NATO und EU miteinander.

Die Verfassungsreferenden hält er für eine „demokratiepolitische Frechheit“, denn einen 500 Seiten starken Text zur Abstimmung zu stellen heißt: „Du kannst das weder alles lesen noch verstehen, also sagen wir Dir, wie Du Dein Kreuzchen machen sollst.“ Und hätte tatsächlich jemand der Text anschauen wollen, so wäre er schon bei den ersten Worten wieder ausgestiegen, die da lauten „Seine Majestät der König der Belgier, der Präsident der Tschechischen Republik, ihre Majestät die Königin von Dänemark, ...“

Dennoch zeigte sich GYARMATI optimistisch bezüglich der Zukunftskompetenz einer neuen Politikergeneration.

Der Politikwissenschaftler **Alexander SIEDSCHLAG** von der Stiftungsprofessur Europäische Sicherheitspolitik in Innsbruck stellte sein Eingangsstatement unter den Titel:

---

#### **KLEINE STAATEN KÖNNEN IN DER ESVP VIEL ERREICHEN**

---

„Seit zwanzig Jahren gehört es zum Grundwissen der Außenpolitikforschung, dass *small states* keineswegs automatisch kleine Akteure sind.“ Es habe sich erwiesen, dass in internationalen Krisen gerade die Lösungsstrategien der Kleinstaaten besonders erfolgreich sind.

SIEDSCHLAG verglich das Engagement von drei kleineren ‚*non-aligned*‘ Ländern Europas – Schweden, Schweiz und Österreich – und schloss: Es ist keinesfalls so, dass Kleinstaaten dem internationalen Strukturwandel und den Ideen der *Großen* zur ESVP gleichsam hinterherlaufen. Die Außen- und Sicherheitspolitik von Kleinstaaten (ist) durch das besondere Agenda-Setting-Handeln von einzelnen Führungspersönlichkeiten gekennzeichnet, deren Entscheidungsgrenzen allerdings im Sinn kleinstaatlicher Handlungsmaximen relativ klar und eng abgesteckt sind. Insofern können kleinere Staaten gerade im europäischen Krisenmanagement viel bewegen, doch die Verantwortung dafür, was sie bewegen, ist ihnen und ihren Entscheidungseliten klarer zurechenbar als bei ihren großen Nachbarn.

---

#### **STRATEGISCHES DENKEN UND GESTALTUNGSWILLE DER EU? – FEHLANZEIGE !**

---

Der Direktor des Clingendael Security and Conflict Programmes (CSCP), **Rob DE WIJK**, beginnt mit einer Bestandsaufnahme: 60 000 Mann, 400 Flugzeuge und 5 000 Polizisten stehen der EU derzeit nur auf dem Papier zur Verfügung; eine erhöhte strategische Kooperation ist statt gemeinsamer Kräfte auf Dauer zu erwarten; ein Zertifikationsprozess der bereitzustellenden militärischen Mittel, wie in der NATO, fehlt der EU; im Kalten Krieg boten die USA den Rahmen – nun ist ein eigener zu formen; eigene EU *Expeditionary Capabilities* wären erforderlich, speziell für *Disaster Relief* und *Search & Rescue*.

Da militärische Mittel innerhalb der EU obsolet sind, scheuten die meisten Mitglieder eine Anwendung des Militärs in der Außenpolitik. In Europa fehle das strategische Denken. Wenn wir unsere Interessen anders durchsetzen wollen als die USA, so müssen wir unsere eigene Doktrin erarbeiten – und ein eigenes Transformationskonzept. Postmoderne Streitkräfte sind notwendig, die auf geringstmögliche eigene Verluste und auf Vermeidung inakzeptabler Kollateralschäden ausgerichtet sind. Entscheidend ist jedenfalls der politische Wille.

In der Debatte bestand DE WIJK darauf, dass es keine europäischen Nuklearwaffen gibt, nur nationale. Aus Christian STADLERS Feststellung, die EU sei die einzige postmoderne Entität, folgert DE WIJK die Durchsetzungsschwäche der EU. Erst mit ernstzunehmendem eigenem Militär wäre die EU glaubhaft genug, Dispute anders zu regeln, als die USA. Interoperabilität sei vor allem im C<sup>3</sup>I-Bereich unabdingbar.

GYARMATI empfahl der EU eine Einladung an Mazedonien zu Beitrittsverhandlungen, auch als Hilfe für das Kosovo gedacht. Bezüglich des Atomdisputes mit dem Iran habe die EU einen Kompromiss mit den USA erreicht (nämlich zuerst Verhandlungen zu versuchen,



bei deren Scheitern aber Sanktionen vom UN-Sicherheitsrat einfordern), das verlange aber auch Konsequenz. Sollten die – von Europa gewünschten – Verhandlungen resultatslos bleiben, müsse die EU dann dem Weg der USA folgen. SIEDSCHLAG befürchtete, Deutschland habe die Lektion aus dem Irakkonflikt nicht gelernt und wolle nun diese Konsequenz wieder nicht ziehen.

---

## EUROPAS ERWACHEN IM KAMPF GEGEN NEUE BEDROHUNGEN

---

**Wolf RAUCH**, Vorsitzender der Wissenschaftskommission beim BMLV, eröffnet um 17.15 die Sitzung mit dem Aufmarsch der *neuen Apokalyptischen Reiter* „Naturkatastrophen, Computerviren, Terror ...“ und bat um deren intellektuelle Bearbeitung durch die Panelisten.

**Anja DALGAARD-NIELSEN** vom Dänischen Institut für Internationale Studien stellte den *Salafi-Jihadist-Terror* in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen. Neu ist, dass es den Führungs-offizieren der Selbstmordattentäter nicht mehr notwendig erscheint, letztere bis knapp vor dem Anschlag zu begleiten, um deren Abspringen im letzten Augenblick zu verhindern. Dies hat sich spätestens seit den Anschlägen vom 11. September 2001 radikal geändert, als die Attentäter monatelang auf sich allein gestellt in den USA ihre Tat vorbereiteten.

Das Ziel einer Wiedererrichtung des Kalifats der Gründungszeit islamischer Staatsbildung bleibt unhinterfragt. Die heutige *Al Qaida* ist eine andere als die der Jahre vor der Ausrufung des „*War against Terror*“. Alle Staaten, westliche und islamische, nahe und ferne der USA sind bedroht.

Der im Koran geforderten Schonung von Zivilisten wird mit den Argumenten gekontert, die westlichen Steuerzahler finanzieren den Angriff auf den Islam und sind daher legitime Ziele des Kampfes, andererseits mache auch die US-Armee keinen Unterschied und verwirke mit ihrer Inkaufnahme von „Kollateralschäden“ jegliche Rücksichtnahme auf westliche Bürger.

Bis zu 120 000 potenzielle Attentäter/Terroristen sind durch die afghanischen Ausbildungslager gegangen. Es komme also noch Einiges auf uns zu.

---

## NETZWERK GEGEN NETZWERKE

---

**Doron ZIMMERMANN** vom Zentrum für Sicherheitsstudien der ETH Zürich verlangte ein europa-, besser weltweites Vernetzen der Terrorabwehr. „Es braucht ein Netzwerk um ein Netzwerk zu bekämpfen; und wenn das gegnerische Netzwerk besser integriert und weniger von äußeren Ressourcen abhängig ist als das eigene, dann hat man ein echtes Problem!“

Es ist keineswegs sicher, dass die EU geeignete Instrumente zur Bekämpfung neuer terroristischer Bedrohungen hat, meint Zimmermann, da sie – anders als die Einzelstaaten – keine durchsetzungsfähige Exekutive hat. Der gemeinsame Anti-Terror-Beauftragte Gijs DE VRIES werde kaum gehört.

Die USA wähen die EU wegen der in Europa lebenden 15 Millionen Muslime als „*soft on terror*“. Sie übersehen dabei, dass diese bei Weitem nicht so gut gesellschaftlich integriert sind wie jene in den USA. Europa müsse daher vermeiden, dass die Integration der hier lebenden Moslems weiteren Schaden nimmt, wodurch sie in eine Radikalisierung gedrängt würden.

Auf transatlantische Stärken konzentrierte sich **Holger MEY**, Vizepräsident des Eurofighter-Herstellers EADS. „Was wir gut können, das ist feste Ziele im offenen Gelände bei gutem Wetter treffen“, eröffnete MEY seine Kritik an der klassischen Kriegführung. Sich exponieren bedeute für den Gegner die Vernichtung. „Was aber, wenn er sich nicht expo-

niert“. Das Schachbrett sei prototypisch für ein transparentes Schlachtfeld, aber sogar da sind Überraschungen die Regel. (Informations-)Technologie allein kann also nicht die Lösung sein.

MEY konstatierte eine Demokratisierung der Bedrohungen. Mit einfachen, relativ billigen Mitteln könnten Hacker die Wirtschaft ganzer Staaten, ja Kontinente, lahm legen, Molekularbiologen Seuchen auslösen etc. Unsere Gegner hätten im konventionellen Krieg keine Chance, müssten daher auf Asymmetrie umsteigen; sie würden zunehmend unsere eigene Technologie nutzen, um uns zu bedrohen.

CLAUSEWITZ erachtete als Ziel des Krieges, dem Gegner den eigenen Willen aufzuzwingen, nicht, ihn zu töten. Wieweit das auf unsere heutigen Gegner noch zutrifft, ist zumindest fraglich. „Die USA entdeckten mit 60-jähriger Verspätung GUDERIANs Blitzkriegsstrategie“ so eines der Bonmots MEYS.

Der Westen habe seit Jahrhunderten seine Interventionsfähigkeit bewahrt. *Länder einsacken, Ethnien umbringen und Ressourcen bunkern*, war gängige Devise. Heute mache man das Gleiche aus edleren, „humanitären“ Gründen oder zur Stützung der Weltordnung. Bester Weg zu mehr Frieden wäre „mehr Diplomatie und wirtschaftliche Zusammenarbeit“, denn meist sei *nicht die Waffe, sondern das Regime das Problem*. Ziel des Kampfes müsse daher der Regimewechsel sein.

\*\*\*

**Kurt SCHOLZ**, Bereichsleiter für Restitutions-Angelegenheiten des Wiener Magistrats, moderierte abends die „Wiener Vorlesungen“:

---

#### WARUM EUROPA? EUROPAS QUALITÄTEN JENSEITS DER ÖKONOMIE

---

„Europäisch denken, wer geriete hier nicht in Verlegenheit, wenn er nicht einmal weiß, was deutsch oder österreichisch denken heißt“ – mit dieser Feststellung eröffnete die Literaturkritikerin **Daniela STRIGL**.

Identitäten ließen sich nicht künstlich erzeugen, sie könnten aber wachsen. Es gäbe noch eine andere Welt, abseits von Henning MANKELL und Donna LEON, kritisierte STRIGL. Befremdlich sei es zudem, dass regelmäßig auf römische und griechische Wurzeln verwiesen werde, während diese Fächer an den Schulen zunehmend wegrationalisiert würden. Mit dem Schriftsteller Julian BARNES meint sie, dass es keine *Europäische Literatur* gebe, sondern nur *Europäische Literaten*: „Europäische Literatur ist wie das Essen im Flugzeug, es sieht gut aus, aber es ist nicht nahrhaft.“ So habe der Philosoph Bernard-Henri LEVY auch gesagt: „Europa ist kein Ort, sondern eine Idee.“ Der deutsche Zeichner LORIOT hätte dies gekonnt auf den Punkt gebracht: „Europa ist eine wunderbare Idee, aber das war der Kommunismus auch.“

Anders **Margot SCHINDLER**, Direktorin des Wiener Volkskundemuseums: Für sie ist Europa „*schlichtweg die Herkunft unseres Denkens*“. Ihr Fazit: „Die Multikulturalität ist Europas größtes Gut und das einzige Gebiet, auf dem es wettbewerbsfähig ist.“

Ein Beispiel für Europäische Identität ist laut der Ethnologin **Marie-France CHEVRON** *Prinz Eugen von SAVOYEN*, eine österreichische National-Ikone, ein Förderer der Künste und Wissenschaft, der regen Kontakt zu ROUSSEAU und LEIBNIZ pflegte. „Ist er ein Franzose, ein Deutscher oder ein Österreicher?“, fragte CHEVRON und lieferte prompt die Antwort: „Er war ein Europäer“.

EFA-Präsident **Erhard BUSEK** beantwortet die Kernfrage des Abends mit einem Gedankenexperiment: Er wünsche sich eine Woche keinen Frieden in Europa, dann würde man diesen wieder zu schätzen wissen. Längst seien die Fronten anders, und der Frieden sei nicht mehr garantiert – ob in der Londoner Tube oder am Madrider Bahnhof.

\*\*\*

Kurier-Chefredakteur **Peter RABL** begrüßte am **Dienstag, 30. 8.** das gut besetzte Plenum mit der Feststellung, Europas Krisenmanagement habe weiterhin Optimierungsbedarf. Beim Tsunami im Dezember 2004 habe die EU eindeutig zu spät und anfangs zu schwach reagiert.

---

**EUROPÄISCHES KRISENMANAGEMENT UND GLOBALE PROBLEME:  
ENTWICKLUNGSHILFE, AIDS/EPIDEMIEN, MIGRATION**

---

**Franz KAPS** erläuterte die Aufgaben der Weltbank als der größten Entwicklungshilfe-Agentur der UN, im Speziellen in der Region „Europa-Zentralasien“, dem Tagungsthema entsprechend unter besonderer Berücksichtigung der Gegenstrategien zu Klimawandel, Epidemien wie AIDS und Migration. (Die ehemalige Ministerin für Kultur und Tourismus in Mali, **Aminata TRAORE**, konnte er jedoch nicht überzeugen. Für sie ist die Weltbank Teil des Problems, nicht der Lösung, sagte sie am letzten Panel am Mittwoch.)

Die montenegrinische Ministerin für Internationale Handelsbeziehungen und Europäische Integration, **Gordana DUROVIC**, legte Wert auf die Feststellung, dass Montenegro und Serbien zwei getrennte Republiken wären, wobei ihr die Aussicht, dass ihr Staat – nach dem Referendum im Frühjahr 2006 über die völlige Trennung aus dem jugoslawischen Staatsverband – auch allein in die EU kommen könnte, besonders verlockend erschien. Denn Montenegro sei nicht nur ein Beispiel einer friedlich und gut funktionierenden multi-ethnischen Gesellschaft von etwa 700 000 Einwohnern, sondern auch ökonomisch gut aufgestellt. Der Euro werde bereits als Währung verwendet und die Aussichten für den Tourismus seien gut. Sie sieht ihr Land als ein Zugpferd auch für die Nachbarn.

Der US-Botschafter **Stephan MINIKES** gab Europa den Rat, eine Liste seiner Stärken und Schwächen zu erstellen, um an den Schwächen zu arbeiten und sich der Stärken zu erfreuen.

Die EU und USA wären zwar weder von der gleichen Familie, noch im gleichen Haus, aber sie stünden vor den gleichen Herausforderungen und sollten daher zusammenarbeiten.

*Guantanamo Bay* und *Abu Ghraib* verteidigte er nicht, diese erschienen ihm als ein Anzeichen eines Verlustes an Ethik; er sah aber in der (wenn auch späten) Reaktion der US-Justiz ein Beispiel funktionierender Demokratie.

MINIKES zitierte einen berühmten Ausspruch des 30. Präsidenten Calvin COOLIDGE vom 17.01.1925: „The chief business of the American people is business“, aber der Schluss dieser Rede laute: „The chief ideal of the American people is idealism. I cannot repeat too often that America is a nation of idealists“. Die Amerikaner brächten der Welt Freiheit, Demokratie und Wohlstand.

Die demografischen Änderungen der US-Bevölkerung werden sich auch auf die Beziehungen der USA zu Europa auswirken: Bis 2050 werden weniger als die Hälfte der Amerikaner europäische Wurzeln (Vorfahren) haben.

Die Georgierin **Nata MENABDE**, Direktorin des europäischen Büros für Länderunterstützung der WHO (Welt-Gesundheitsorganisation), verband die wachsende Gewaltbereitschaft in der Welt mit der Zunahme an Ungleichheit. Die Bekämpfung der Pandemien (Vogelgrippe, HIV, SARS etc.) müsste im Sozialbereich ansetzen, nicht nur im Pharmazeutischen. Denn extreme Armut, Hunger, mangelnde Schulbildung und Umweltschäden zählen (noch immer) zu den wichtigsten Ursachen für Krankheiten weltweit.

In (West-)Europa zählt aber auch „falscher“ Konsum zu krankmachenden Ursachen (Tabak, Essen-Zusätze etc), wobei nicht nur die Konsumenten anzusprechen sind, sondern vor

allem auch die Produzenten (z.B. Tabakwerbung nicht an Jugendliche richten, Zuckerzusätze in Naschereien reduzieren bzw. deklarieren etc.).

\*\*\*

Ab 11.15 leitete die ORF-Russland-Korrespondentin **Susanne SCHOLL** das Panel zu:

---

### EU UND RUSSLAND – EINE MÖGLICHE STRATEGISCHE PARTNERSCHAFT?

---

**Hannes ADOMEIT** von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) hält eine echte strategische Partnerschaft zwischen EU und der Russländischen Föderation (RF) nicht für wahrscheinlich und begründete dies zuerst mit Definitionen: *Strategie* sei die auf ein bestimmtes Ziel gerichtete Verfolgung einer langfristigen, nachhaltigen Politik mit bestimmten Mitteln. EU und RF seien sich aber sowohl bei Zielen, als auch bei den einzusetzenden Mitteln nicht einig.

Die EU wolle ein demokratisches, marktwirtschaftliches System aufbauen.

Die RF wolle keine „Integration“, sie verstehe sich als eine Weltmacht auf zwei Kontinenten, die ihre Rolle und Unabhängigkeit wahren und ihre bestehende Demokratie stabilisieren will, indem die Regierung die Gesellschaft „von oben her“ entwickelt, während die EU eine Entwicklung der russischen Zivilgesellschaft von unten her erhofft hatte. Insofern wurden Europas Erwartungen nach dem Umbruch beim Untergang der Sowjetunion nicht erfüllt.

Naturgemäß etwas anders sah das Prof. **Ruslan GRINBERG**, Direktor des Instituts für Internationale Politik und Handel an der Russischen Akademie der Wissenschaften. Die RF hat selbst unter den gegenwärtigen harten Bedingungen der Transformation eine Chance auf Entwicklung einer pluralistischen Demokratie und Marktwirtschaft. Kritik ist immer noch erlaubt in Russland. Aber es sei richtig, dass die RF eine halbautoritäre oder ‚gelenkte Demokratie‘ ist. Geschichtlich hinkt Russland der Entwicklung im Westen im Allgemeinen um etwa 100 Jahre hinten nach; gegenwärtig leide es unter einer „Untersozialisierung“. Die RF schwankt in ihrer Beziehung zum Westen zwischen *Liebe* und *beleidigter Abkehr*, während der Westen ihr mit *Angst* und *Herablassung* begegnet.

Die Russen empfänden etliche Vorgaben der EU als kontraproduktiv, so z. B. deren Wunsch nach schneller Entstaatlichung: Auch das deutsche *Wirtschaftswunder* nach dem WK II unter Ludwig ERHARD sei staatlich gelenkt gewesen, der heutige (Neo-)Liberalismus könne doch mit jenen Erfolgen des breiten Wohlstands-Schaffen nicht mithalten.

Nicht die Bürokratie habe dem Volk die Meinungsfreiheit genommen, sondern das russische Volk verlange nach „*Law and Order*“. Derzeit hätten sie eine „wohlwollende Diktatur“, aber er wisse sehr wohl, dass das Wohlwollen aus einer Diktatur erfahrungsgemäß bald verschwindet. „Macht korrumpiert – absolute Macht korrumpiert absolut“.

**Jacques RUPNIK**, Direktor des Zentrum für internationale Studien in Paris, warnte vor zu starker Personalisierung von Beziehungen (BLAIR–PUTIN, CHIRAC–PUTIN, SCHRÖDER–PUTIN), denn wenn neue Führer an der Spitze stehen, könnten sich diese bald ändern.

Unter GORBATSCHEW, JELZIN und PUTIN I habe es Fortschritte in der Pluralisierung der Gesellschaft gegeben, aber nicht mehr unter PUTIN II.

Die EU und RF sind einander in mehrerer Hinsicht verbunden, u. a. ist die RF ein Haupt-Energielieferant der EU. Die RF will nicht selbst in die EU, es ergibt sich aber nun, dass die EU-Nachbarschaft bereits die RF-Nachbarschaft überlappt. EU und RF sind zwar auch weiterhin keine strategischen Partner, aber ein *modus vivendi* ist zu finden. Leider gebe es keine gemeinsame Russland-Politik der EU auf Grund ihrer Spaltung in alte und neue Mitglieder. Während letztere Russlands blutige Verstrickungen in Tschetschenien als

Ausdruck des immer noch vorhandenen Aggressionspotenzials und eines mangelnden Respekts der Menschenrechte interpretieren, sehen die großen alten EU-Staaten in der darin eher ein Zeichen seiner internen Schwäche.

Von Seiten Russlands werde es in den nächsten Jahren kaum Bereitschaft geben, Souveränität mit anderen EU-Mitgliedsstaaten (etwa baltischen) zu teilen. Eine gemeinsame Vorgehensweise auf Gebieten wie Sicherheits- oder Energiepolitik sei hingegen anzustreben.

Als Stimme des Baltikums sprach **Vytautas ZALYS** vom litauischen Außenministerium lieber von gemeinsamen strategischen Interessen. Die Geografie würde zwar eine Partnerschaft nahe legen, aber das gegenseitige Vertrauen und gemeinsame Werte wären dazu noch zu unterentwickelt. Russland nimmt seine baltischen Nachbarn als „*russofob*“ wahr, aber hat es seine Rolle in der Geschichte schon aufgearbeitet? Partnerschaft brauche Offenheit auf allen Seiten. Dem litauisch-russischen Verhältnis stellte er dennoch ein gutes Zeugnis aus, denn der Königsberg-Transitvertrag sei überraschend problemlos.

Der Herausgeber der englischsprachigen Moskauer Zeitschrift *Russia Profile*, **Andrei ZOLOTOV**, erklärte den Begriff „Strategische Partnerschaft“ als beinahe inhaltsleer, er sei besser durch „gute Beziehungen“ zu ersetzen. Innerhalb Russlands sei die Debatte, ob es nun ein europäisches oder ein asiatisches Land sei, nicht abgeschlossen, neige sich aber mehrheitlich nach Europa zu. Russland wäre nun eine Zeitlang abwesend gewesen, es fände sich derzeit nicht zurecht. Die Russen liebten Europas Vergangenheit, weniger seine Gegenwart.

\*\*\*

---

#### RELIGIONEN UND KIRCHEN – WAS HAT EUROPA DAMIT ZU TUN?

---

**Rocco BUTTIGLIONE**, Justizminister Italiens und bekannt als jener Kommissarskandidat, dessentwegen das Europäische Parlament den ersten Kommissionsvorschlag BAROSOS abgelehnt hatte, kam im Nachmittags-Panel (geleitet von **Heinz NUSSBAUMER**) darauf zu sprechen, dass noch die Großelterngeneration „stark im Glauben“ gewesen wäre, die in „moralischen Gewissheiten“ gelebt hätte, nicht in „wissenschaftlichen“ (zu denen BUTTIGLIONE insbesondere die totalitären Ideologien zählt).

POPPER habe hinterfragt, ob denn wirklich der Relativismus Grundlage der Demokratie sei.

BUTTIGLIONES Meinung nach kranke Europa am Individualismus und Hedonismus, am mangelnden Mut zur Ehe und zum Kinderwunsch. Es müsse aber auch dem Politiker, der sich sehr wohl an moralischen Vorstellungen zu orientieren habe, möglich sein, seinem Christentum entsprechend zu agieren. Beliebigkeit und Gottesleugnung dürfe nicht zur Norm gemacht werden.

Als Vertreter der europäischen Moslems war das junge Oberhaupt der montenegrinischen Anhänger des Islam geladen, Reis **Rifat FEJZIC**, der zuerst die Jahrhunderte lange Anwesenheit in und Verbundenheit mit Europa der Moslems betonte.

Ja, es gebe Extremisten unter den Moslems – wie unter Andersgläubigen auch; es gebe aber auch Diskriminierung und Ausgrenzung – und der Kampf um die Menschenrechte sei der edelste Kampf (der am edelsten dann sei, wenn er die Verschiedenheit der Menschen und ihrer Überzeugungen anerkenne und einbeziehe). Ein Religionswechsel muss möglich sein (in alle Richtungen?).

Die europäischen Moslems begrüßten die europäische Einigung, möchten aber auch moslemische Rechtsgelehrte in die Normenerstellung eingebunden wissen, um so Diskriminierungen von vorne herein zu unterbinden (Beispiel: Kopftuchverbot in Frankreich auf Grund einer Fehlinterpretation des islamischen Rechts).

Der russisch-orthodoxe Bischof **Hilarion ALFEYEV** bestätigte diese Auffassung, dass es den friedlichen Religionsgemeinschaften nicht zuzumuten wäre, durch aggressiven Liberalismus aus dem öffentlichen Leben und Bildungsstätten verdrängt zu werden. „Wir brauchen eine öffentliche Plattform für einen Dialog, wo Politik und Religion einander gleichberechtigt gegenüberstehen.“

Noch weiter gehen die Forderungen von Bischof **Josef HOMEYER**, dem Präsidenten der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft, der sich gegen eine Entkoppelung von Religion und Politik und für die Aufnahme des Gottes-Bezuges in die EU-Verfassung aussprach. Die christliche Überlieferung habe Europa zu dem gemacht, was es ist. Es bedürfe eines „kritischen Einspruchs gegen einen verschärften Pragmatismus im europäischen Diskurs“, so HOMEYER. Mit Bezug einerseits auf die totalitären Ideologien des 20. Jahrhundert, andererseits auf die Ethik-Debatte in der Wissenschaft (z. B. Genforschung) sagte er: „Möglicherweise ist Religion der Stachel im Projekt der Moderne, der ihre humanen Veranlagungen rettet“. Er erklärte sich mit T. S. Eliot einer Meinung, dass „Europa nicht die vielen nebeneinander existierenden Kulturen“ ausmache, sondern die „gemeinsamen Wurzeln in antikem Erbe, römischem Recht und Christentum“.

Der Referent der Bischofskonferenzen der EU für „Islam in Europa“ und langjährige Professor am päpstlichen Institut für Arabisch und Islamwissenschaft, Pater **Hans VÖCKING**, begann mit einem zeitgeschichtlichen Exkurs: Bis in die 1960-er Jahre gab es praktisch keine anderen Religionen außer dem Christentum in Europa, wenn man von Bosnien absieht. Erst am Ende der 60-er Jahre kamen einerseits moslemische Arbeitsmigranten und Gläubige anderer Religionen (Hindus und Buddhisten nach Großbritannien), andererseits wurden östliche Religionen wie der Buddhismus chic. Diese Religionen sind aber anders strukturiert, haben einen anderen Bezug zum Staat, was hier längere Zeit nicht erkannt wurde. So hat Belgien zwar bereits 1972 die Moslems als Religionsgemeinschaft staatlich anerkannt, musste aber 2004 deren Vertretungswahl durch das Justizministerium organisieren, weil die Religionsgemeinschaft selbst dies bis dahin nicht gemacht und der Staat daher keinen Ansprechpartner hatte. Im Islam bildet Religion und Politik eine Einheit (besser: „ein allumfassendes System“, wie die Mohammedaner sagen), da er sich in seiner Gründungszeit nicht (wie das Christentum in seinen ersten 300 Jahren) im Gegensatz zum Staat und daher mit einer nichtstaatlichen Struktur geformt hat. Der moslemische Staat hat jedoch seit dem Kalifat auch das Religiöse eingeschlossen – in der „europäischen Diaspora“ fehlt den Moslems nun das „Religionsministerium“ bzw. „Amt für religiöse Angelegenheiten“. (Da der europäische Staat die Trennung von Staat und Kirche auf seine Fahnen geheftet hat, darf z.B. in Deutschland kein türkisches „staatliches Religionsbuch“ verwendet werden – mit der Konsequenz, dass nun statt den auf Toleranz ausgerichteten türkischen Lehrbüchern von reichen saudisch-wahabitischen Organisationen „privat“ gesponserte extremistische Lehrbücher verwendet werden. Die Folgen sind absehbar! Anm. d. Verf.)

Das säkulare Europa hat heute auch deshalb mit der Religion „Islam“ zu tun, weil es eine Begegnung in der „gleichzeitigen Ungleichzeitigkeit“ ist. Durch die Wanderung nach Europa treten Muslime in die „Moderne“. Sie kommen im Allgemeinen aus der ländlichen Peripherie in das Zentrum europäischer Städte, Arbeitswelten und Lebensformen. Die Begleiterscheinungen sind, dass der Islam und die islamische Tradition ihre erlebte Einheit verlieren.

Der Islam erscheint nicht mehr als selbstverständliche Norm, sondern er ist Brüchen ausgesetzt. In der europäischen Diaspora entwickelt er sich zwischen den zwei Polen: Islamismus und „Euroislam“. Der Islamismus steht für soziale und religiöse Entwurzelung. Es fehlt die Kontinuität traditioneller Strukturen, Autoritäten und nationale Bindungen. Der Euroislam dagegen versucht, die islamische Tradition im europäischen kulturellen Kontext zu denken und zu leben. Das führt zu einer innerislamischen Spannung, die letztlich auch das Zusammenleben von Muslimen und Nichtmuslimen in Europa beeinflusst.

„Die neue Präsenz der Muslime und das Auferstehen extremer Ideologien macht uns wieder bewusst, dass Toleranz nicht dahin gehen darf, ihre Selbstauflösung zu befördern. Die Frage der inneren Grenze der Toleranz, die sie um ihrer selbst willen braucht, muss weiter reflektiert werden. Das ist ein Auftrag an die Politik und an die Frauen und Männer unterschiedlicher Religionsangehörigkeit“ schloss VÖCKING.

\*\*\*

---

### SCHMERZLICHE GRENZEN IN EUROPA – IST DIE EU EINE LÖSUNG DAFÜR?

---

Das zweite Nachmittags-Panel wurde von **Christian WEHRSCHÜTZ** mit der Bemerkung eingeleitet, von einer Einheit ist Europa gerade am Balkan noch weit entfernt. „Serbien-Montenegro hat einerseits mit gravierenden Identitätsproblemen zu kämpfen, nach wie vor gibt es keine Nationalhymne und genau definierte Grenzen (Stichwort: Kosovo), andererseits hat die Bevölkerung ihre Probleme mit dem Haager Tribunal, wie etwa zuletzt mit der Bestellung eines Pflichtverteidigers für Slobodan MILOŠEVIĆ“. Solange diese Fragen nicht geklärt sind, bleibt Serbien-Montenegro eine Zone der Instabilität. Europa braucht daher eine konsistente Balkan-Strategie. Slowenien hat 14 Jahre für den EU-Beitritt gebraucht, Kroatien schafft es möglicherweise 20 Jahre nach dem Zerfall Jugoslawiens, der EU beizutreten. Der Rest des Balkans hat heute keine europäischen Perspektiven. Der Beginn von Beitrittsverhandlungen etwa mit Mazedonien könnte ein Signal an eine ansonsten perspektivenlose Bevölkerung sein, so WEHRSCHÜTZ.

**Goran SVILANOVIĆ**, früherer Außenminister des neuen Jugoslawien, listete vier Fragenkomplexe an Europa auf, die von seiner Bevölkerung und Führung beantwortet werden müssten:

1. Die Beziehungen zwischen EU und Russland, 2. die Interessen der EU im Kaukasus und Zentralasien, 3. die Integration Südosteuropas und 4. die Beziehungen der EU zur Türkei.

Zum ersten Punkt meinte er, die EU möge nach dem Beispiel Deutschlands die Beziehungen mit Russland verbessern und vertiefen, das werde ihr auch helfen, ihre Interessen in der Schwarzmeer-Region und Zentralasien zu verfolgen. Zur Türkei-Frage wies er auf die erhöhte geopolitische Bedeutung hin, die die EU durch deren Mitgliedschaft erlangen könnte, wobei auch das Gehör, das sie dann in Washington fände, zu berücksichtigen sei.

Großen Raum schenkte er in seinem Beitrag naturgemäß seiner eigenen Region, dem westlichen Balkan, für den er ausschließlich innerhalb der EU eine Zukunft ausmachen kann. Ja, es gebe eine Menge Probleme und teilweise auch Rückschritte. Aber nur mit der Beitrittsperspektive vor Augen gebe es Hoffnung. Er forderte eine gemeinsame EU-US-Politik für Südosteuropa, um diesem das Aufholen zu ermöglichen.

Abschließend betonte SVILANOVIĆ, die Einheit und Einigkeit Europas sei so wichtig für alle Europäer, ob Bürger oder (noch) nicht Bürger der EU, aber auch für die euroatlantische Gesellschaft, die trotz der negativen Referenden in Frankreich und Niederlanden weiter verfolgt werden muss. Dies in den Herzen und Hirnen der Bevölkerung zu verankern, sei eine schwierige, aber wichtige Aufgabe der Politik. Es werde gelingen und die EU werde am Ende nicht nur als eine Wirtschaftsgemeinschaft, sondern als politische Union überleben.

\*\*\*

---

### ALLE MACHT FÜR DIE REGIERUNG? GEWALTENTEILUNG IM AUSNAHMEZUSTAND

---

**Carl BAUDENBACHER**, Präsident des EFTA-Gerichtshofes, forderte im abendlichen Gespräch: In besonderen Krisen muss der Staat auch besondere Maßnahmen ergreifen, dennoch muss aber es möglich sein, die Exekutive zu kontrollieren.

US-Rechtsprofessor **Sanford V. LEVINSON** berichtete, schon 2002 wurde in verschiedenen Artikeln aufgezeigt, wie die Gewaltenteilung in den USA verschoben worden war: Dem Präsidenten kommt nun die Macht zu, als Oberbefehlshaber alles Nötige zur Kriegsführung zu veranlassen und das inkludiert auch „drastische Methoden der Befragung“. Folter durch Regierungsstellen wie CIA und FBI, obwohl auch die USA die Anti-Folterkonvention unterschrieben haben, seien nun innerstaatlich „erlaubt“, obwohl völkerrechtlich verboten. Die USA fühlten sich in einem globalen Krieg gegen den Terror, der nie ende. LEVINSON glaubt nicht daran, dass die „Tugend der Regierenden“ – im Speziellen bei George W. BUSH und seinen Mannen – ausreichenden Schutz biete; er plädiert für das Einhalten der verfassungsmäßigen Beschränkungen.

Professor **Ruth GAVISON** von der Hebräischen Universität in Jerusalem exemplifizierte am Beispiel des seit seiner Gründung in einer mehr oder weniger existenzbedrohenden Krise befindlichen Israel, wie ein Staat trotz fehlender Verfassung den Herausforderungen einer Gewaltenteilung bestehen könne. Ihrer Meinung nach funktionieren die israelischen Gerichte schnell und unabhängig genug, um gemeinsam mit einer starken Opposition eine durch und durch demokratische Gesellschaft (vor einem Machtmissbrauch der Regierung) zu schützen.

\*\*\*

Der Nahe Osten war auch am nächsten Tag ein heiß diskutiertes Thema. **Albert ROHAN**, ehemaliger Generalsekretär des österreichischen Außenministeriums, ließ die unterschiedlichen Standpunkte aufeinander treffen.

---

### NAHER OSTEN – EUROPAS ROLLE

---

Bringt der Abzug israelischer Siedler aus dem Gazastreifen neue Dynamik für den Nahost-Friedensprozess? Darüber waren die Podiumsteilnehmer, die Mittwochmorgen über Europas Rolle im Nahen Osten diskutierten, ganz unterschiedlicher Ansicht.

Eine Video-Einspielung mit einem Beitrag von Jordaniens Prinz **Hassan BIN TALAL** leitete die Runde ein. Es reiche nicht, sich auf die Bekämpfung des Terrorismus zu konzentrieren, Frieden müsse auf allen Ebenen gesucht werden, erklärte er. Deshalb sei die Europäische Union im Nahen und Mittleren Osten besonders gefordert. „Wir brauchen jemanden, der die Probleme fokussiert angehen kann.“ Die EU solle die Funktion eines „Centers of Listening and Dialogue“ anstreben.

Der israelische Botschafter in Wien, **Dan ASHBEL**, hielt fest, dass der israelische Abzug aus dem Gazastreifen ein mutiger unilateraler Schritt gewesen sei, mit dem man den Stillstand im Friedensprozess beenden wollte. Israel ist sehr viel an Fortschritten in der Nahostpolitik gelegen, es wird jetzt abwarten, wie die weitere Entwicklung verläuft. Der Palästinenser-Staat sollte sich jetzt auf seine ökonomische Entwicklung konzentrieren. Terroranschläge werde Israel nicht hinnehmen. ASHBEL billigte der EU eine wichtige Vorbild-Rolle für alle Völker des Nahen Osten als „Player for Democracy, Human Rights, Peace and the Rule of Law“ zu. Es sei auch die Pflicht der internationalen Gemeinschaft, die Etablierung von Recht und



Gesetz durchzusetzen. Dazu gehöre sowohl die Handelspolitik als auch der Aufbau der Polizeikräfte und des Grenzschutzes.

ASHBEL forderte die EU-Außenminister auf, bei ihrem Gymnich-Treffen am ersten September deutlich zu machen, wie sie die Umsetzung des Nahost-Friedensplans vorantreiben wollen. Schließlich liege die Region nur 32 Flugminuten vom EU-Mitgliedstaat Zypern entfernt. Dadurch sei sie für die EU von besonderer Bedeutung. ASHBEL kritisierte, dass der Barcelona-Prozess der EU bisher nicht funktioniert habe. Dies könne sich möglicherweise im Zusammenhang mit der entstehenden EU-Nachbarschaftspolitik ändern. Wichtig sei vor allem, dass die EU mit einer Stimme spreche und die Türkei in ihre Mittelmeerpolitik einbeziehe. Es sei auch notwendig, dass die EU-Politik komplementär zum US-Engagement in der Region verlaufe.

Für den palästinensischen Botschafter in Wien und Beobachter bei der OSZE, **Zuheir ELWAZER**, der es bedauert, dass er nach 6-monatiger Akkreditierung hier zum ersten Mal den israelischen „Konterpart“ trifft, ist die Schlüsselfrage immer noch Jerusalem. „Der Friede endet und beginnt in Jerusalem“. Ohne weitere politische Zugeständnisse Israels sei der Abzug aus dem Gazastreifen weitgehend bedeutungslos. Zuheir ELWAZAR gestand aber Israel das (selbstverständliche) Recht auf sichere und friedliche Grenzen zu, wies aber auch auf die Aussage von Präsident BUSH vom 1.6.2002 hin, in der dieser den Austausch von Land zur Lösung der Flüchtlingsfrage gefordert habe.

ELWAZAR erklärte erneut, dass die Palästinenser nicht bereit seien, eine Mehr-Staaten-Lösung für Palästina zu akzeptieren. Ein Mehrstaatenmodell mit einem Gaza-Staat und einem Westbank-Staat verstoße gegen die Road-Map.

ASHBEL und ELWAZAR formulierten hohe Erwartungen an die Europäische Union als Global Player, der sich für die Verwirklichung der Road-Map einsetzt. Die USA, Russland, die EU und die Vereinten Nationen hatten einen Plan für den Nahost-Friedensprozess entworfen, nach dem der Konflikt bis 2005 beendet sein sollte.

---

#### „ZEITBOMBE“ MITTLERER OSTEN

---

Die beiden anderen Podiumsteilnehmer weiteten die Debatte über den israelisch-palästinensischen-Konflikt hinaus aus. **Ahmet EVIN**, Politikwissenschaftler an der Sabanci-Universität in Istanbul, erklärte die Zunahme der Attraktivität des radikalen Islams auch mit dem Zerfall der UdSSR: Damit habe „die Rote Fahne“ in den Augen der Unterprivilegierten des Nahen Ostens an Lösungskompetenz für soziale Fragen verloren, an ihre Stelle sei „die Grüne Fahne des Propheten“ getreten.

Die Spannungen mit dem Iran sind so groß, die Lage im Irak, der leider noch nicht reif für Rechtsstaat und Demokratie in Eigenverantwortung sei, in Pakistan und Afghanistan ist so gefährlich, dass es unbedingt notwendig ist, bestimmte Schlüsselfragen jetzt zu beantworten. Geschieht dies nicht, ist mit einer Zuspitzung der Konflikte und im Falle des Iraks mit einem Bürgerkrieg zu rechnen. Er rechnet mit einem baldigen Abzug der Amerikaner aus dem Irak. „Angesichts der aktuellen Situation im Irak und der näher rückenden Präsidentschaftswahlen in den USA werden wir bald sehen, dass sich die Amerikaner aus dem Land zurückziehen werden“. Dies ist auch an den Umfragen abzulesen, in denen BUSH derzeit ausgesprochen schlecht abschneidet. Wenn die Europäische Union sich in diesen Staaten stärker engagiert, hat die EU auch einen neuen Ansatzpunkt für die transatlantische Zusammenarbeit. Eine entscheidende Frage ist jedoch auch, wie sich die EU im Konflikt um das nukleare Potenzial des Iran im UN-Kontext positioniert. Es müsse so lange wie eben möglich mit dem Iran verhandelt werden. Dabei soll sich auch die OSZE als internationale Organisation stärker engagieren.

**Jana HYBASKOVA**, tschechische Abgeordnete im Europäischen Parlament und ehemalige Botschafterin in Kuwait und Katar, warnte vor einer Zuspitzung der Situation in der Region, wenn die EU keine aktivere Rolle spiele. Innerhalb eines Jahres wird es starke Veränderungen im Nahen Osten geben. Die EU muss den palästinensischen Präsidenten Mahmud ABBAS sowohl finanziell als auch politisch unterstützen. Gleichzeitig muss Israel genug Zeit gegeben werden, den Abzug aus dem Gazastreifen zu verarbeiten.

Zum Iran meinte sie, der frühere Unterhändler habe offen zugegeben, dass sein Land auf Zeitgewinn gesetzt habe, um doch A-Bomben zu bekommen. Dennoch darf die Strategie nicht auf eine Isolierung von Staaten (wie im Irak, Iran, Jemen, Libanon, Libyen, oder Sudan ...) abzielen, denn (Wirtschafts-)Sanktionen funktionierten nicht; besser sei es, auf Assoziierung und Integration abzu zielen.

\*\*\*

---

### GIBT ES EINE GLOBALISIERTE PARTNERSCHAFT?

---

Die ehemalige Kultur- und Tourismusministerin **Aminata TRAORE** aus Mali (in Westafrika zwischen Mauretanien und Algerien), sieht im letzten Plenum der Politischen Gespräche, das von **Anneliese ROHRER** moderiert wurde, die (staatliche) Entwicklungshilfe und insbesondere die Rolle der Weltbank sehr kritisch. „Afrika ist nicht arm, es wurde arm gemacht“ ist ihre Überzeugung. Das Problem seien Anweisungen ohne jegliche Kenntnis der afrikanischen Situation. „Wir leiden, weil wir in Afrika Entscheidungen umsetzen, die im Norden über uns gefällt werden und allein dem Zweck dienen, andere Marktwirtschaften zu stärken. Export ist für uns nicht profitabel; wir wollen das anbauen, was wir selbst konsumieren“.

TRAORE hält dem Westen vor, seine Interessen mit universellen Werten zu verwechseln. Es lebten jedoch überall die Menschen mit ihren speziellen, gemeinschaftlich geteilten Werten zusammen; ein „Export von Werten“ sei abzulehnen. Tony BLAIR breite beim gegenwärtigen G8-Gipfel in Schottland nur einen Schleier über das sterbende Afrika, der Schuldenerlass sei eine Chimäre.

Auf einigen Widerspruch am Podium und im Publikum stieß sie allerdings mit ihrer Aussage, der Präsident Zimbabwes, Robert MUGABE, sei kein schlimmer Diktator, der abzulösen sei, er werde lediglich im Westen verteufelt, weil er Weiße enteignet habe. Der US-Diplomat und Politikberater **Michael HALTZEL** konterte ihr mit dem Hinweis auf dessen Verstöße gegen die Menschenrechte und seine Wahlfälschungen. Beides bestritt TRAORE als auf westlicher Desinformation basierend.

Dass die globale Partnerschaft noch sehr unvollständig sei, sah auch HALTZEL. Aber sie existiere insbesondere in den verschiedensten Organisationen wie beispielsweise Interpol oder aber auch in der Hilfe nach dem Tsunami.

Die UNO bräuchte – nach dem Korruptionsskandal beim „Oil for Food-Programm“ – dringend eine weitgehende Reform, gerade weil sie unverzichtbare Dienste leiste. Die Globalisierung bringe tatsächlich viele Verlierer hervor, aber er hoffe, dies stimme nur in kurzfristiger Betrachtung. Es gebe so viele unterschiedliche Situationen; Diktaturen in nächster Nachbarschaft zu Demokratien am gleichen Kontinent, Sicherheit nächst Völkermord etc. Es sei Aufgabe der Völkergemeinschaft, da einzuschreiten, ebenso wie bei der seiner Meinung nach größten Gefahr, einer Pandemie: Wenn man die asiatische Vogelgrippe bekämpft, so müsse man beachten, dass 1919 etwa ein Fünftel der Weltbevölkerung an der „spanischen Grippe“ starb (damals noch ohne Flugverkehr!) – und dass es mindestens

4 Monate dauere, bis eine Impfung entwickelt werden kann. Seiner Meinung nach könne man dies analog einem Waldbrand nur wirksam einschränken, nicht direkt „löschen“.

**Anatolij ADAMISHIN** neigte eher den Ansichten TRAORES zu: „Die Wahl besteht hauptsächlich zwischen Werten und Interessen. Wenn die Betonung auf der Moral liege, sind dann die Interessen in der Ethik verborgen?“ Die globale Gemeinsamkeit liege, nach einem russischen Wort, darin, dass jeder Englisch spreche. Die USA reduziere die persönlichen Freiheiten derzeit zugunsten der Sicherheit. Der Ansicht, freie Marktwirtschaft bringe Demokratie, setzte er das Beispiel Chinas entgegen, dessen Wirtschaftsreform durch Deng XIAO PING bereits ein Vierteljahrhundert alt ist und dennoch von Demokratie immer noch nichts zu spüren sei.

Er bedauerte zutiefst, dass sowohl die USA (in Zentralasien) als auch die EU (im Baltikum) Russland aus ihren jeweiligen Interessensgebieten fernhalten wollen und es damit näher zu China drängen.